

Anlage 12

Beschluss und Prüfantrag des UA DiKO und des AVR aus den Sitzungen 25.04.2016:

1. Der AVR beschließt, den Teilnehmerkreis auf die Mitglieder des Integrationsrates, der Seniorenvertretung, des UA Kulturbauten, sowie die stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter
2. Der AVR verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes und erhöht den Bedarf zur Beschaffung auf 300 Geräte.

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Kosten der Erweiterung der Teilnehmer an der mobilen Ratsarbeit zu prüfen;
2. die Kosten für die Verlängerung des Probebetriebes auf ein halbes bzw. ein ganzes Jahr zu prüfen;
3. die Parallele Nutzung von Papier für spezielle Nutzergruppen und Nutzungsszenarien zu überprüfen;
4. die Nutzungsvereinbarung mit Bezug auf die private Nutzung zu überprüfen;
5. einen Vorschlag für die technische Ausstattung der Sitzungssaal- und Fraktionsräume vorzulegen;
6. die elektronische Aussonderung von privaten Unterlagen aus der Mandatsträgertätigkeit nach Ablauf der Wahlperiode zu prüfen.

Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag:

Zu 1: Die Kosten für die Erweiterung des Teilnehmerkreises belaufen sich auf 31.231,50 €. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Gremium	Stimmb. Mitglieder	Stimmb. Mitglieder der Wohlfahrts- verbände	Sitzungen pro Jahr	Kosten
Integrationsrat	22		7 - 8	14.619,00 €
StadtAG Seniorenpolitik	11 +2	6	2	12.625,50 €
UA Kulturbauten	1	-	4 - 6	664,50 €
Jugendhilfeausschus s		5	8	3.322,50 €
insgesamt	36	11		31.231,50 €
jährliche Kosten				10.410,50 €

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik hat in der Vergangenheit zwei Mal jährlich getagt hat und dabei im Schnitt 1 – 2 Vorlagen auf der Tagesordnung. Im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit schlägt die Verwaltung vor, die Mitglieder über die Möglichkeiten zu informieren, wie schon jetzt der Zugang zu elektronischen Ratsinformationen möglich ist und keine Ausstattung der Mitglieder mit mobilen Endgeräten vorzunehmen.

- Zu 2: Der Verwaltungsvorschlag, nach 2-3 Sitzungen auf Papier zu verzichten, basiert auf den Ergebnissen des Testbetriebes. Dort hat sich gezeigt, dass die Teilnehmer nach 2 – 3 Sitzungen auf Papier verzichten konnten.

Die in der Vorlage 3516/2015 dargestellte Vorgehensweise führt -unter der Voraussetzung, dass sich alle am elektronischen Versand der Sitzungsunterlagen beteiligen und auf jegliche Druckstücke verzichten- zu Einsparungen in Höhen von 212.600 €. Diese setzen sich wie folgt zusammen 80.000 € einsparbare Druckkosten sowie 132.600 € für den Postservice.

Eine Verlängerung der parallelen Nutzung von Papier auf 6 oder sogar 12 Monate würde dazu führen, dass diese Einsparungen nur zur Hälfte bzw. bei 12 Monaten komplett wegefallen.

- Zu 3: Die Verwaltung schlägt vor, weitere Papierexemplare lediglich den Ausschussvorsitzenden für die Sitzungsleitung zur Verfügung zu stellen. Diese Ausdehnung ist im Hinblick auf die mit dem Ausschussvorsitz verbundenen Aufgaben der Sitzungsvorbereitung und –leitung aus Sicht der Verwaltung gerechtfertigt.

Eine Ausdehnung auch auf die Fraktionsvorsitzenden und Fraktionssprecherinnen und – sprecher würde die Sinnhaftigkeit des Projektes in Frage stellen, da dann mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder wieder mit Papier versorgt werden müssten. Es besteht für jede Mandatsträgerin und jeden Mandatsträger die Möglichkeit, entweder bei Papier zu bleiben und auf das mobile Gerät zu verzichten oder sich bei Nutzung des Geräts weiterhin ganz oder in Teilen Unterlagen auszudrucken.

- Zu 4: Die Verwaltung wird den Entwurf der Nutzungsvereinbarung (Anlage 3a) überarbeiten mit dem Ziel, eine private Nutzung der Geräte im Rahmen der Vereinbarung zu ermöglichen. Dabei soll auch geprüft werden, ob beide Nutzungsvereinbarungen (Anlagen 3a und 3b) anwenderfreundlicher gefasst werden können.

- Zu 5: Die Verwaltung schlägt vor, diese Fragestellungen von der Vorlage abzukoppeln und bis zur Sitzung des UA Diko am 29.08.2016 einen gesonderten Vorschlag zu erarbeiten.

- Zu 6: Bei der Prüfung muss unterschieden werden zwischen der Art der privaten Unterlagen. Dokumente die beispielweise außerhalb von Mandatos lokal auf dem iPad abgelegt wurden, können sicherlich ausgesondert und dem Mandatsträger über einen noch zu definierenden Übertragungsweg zur Verfügung gestellt werden.

Bei den Unterlagen, welche in der Mandatos App bearbeitet werden, werden die entsprechenden Kommentare der Mandatsträgerin bzw. des Mandatsträger lokal abgelegt. Im Falle des Ausscheidens einer Mandatsträgerin bzw. eines Mandatsträgers wird derzeit geprüft, inwieweit eine manuelle Bereitstellung der persönlichen Kommentare über einen gesicherten Datenspeicher erfolgen kann.

Beschluss der BV 3 vom 02.05.2016:

1. Die Verwaltung soll prüfen, ob ausreichend sichere fair gehandelte Tablets beschafft werden können, ebenso wie die städtischen Unterlagen mit unterschiedlichen Betriebssystemen bearbeitet werden können.
2. Es wird sichergestellt, dass alle wesentlichen relevanten Unterlagen für die Arbeit der Bezirksvertreter/innen diese auch erreichen und sie informiert werden.
3. Es sollte eine Regelung für die Menschen geben, die bisher offline leben und dies auch weiterhin möchten, zugleich aber die Unterlagen digital am eigenen häuslichen Schreibtisch oder unterwegs bearbeiten möchten. Die Neueinführung eines technisch und ökologisch zeitgemäßen Systems darf nicht zusätzliche Kosten für Ehrenamtler mit sich bringen.
4. Der Kreis der Personen, die ein Tablet erhalten, muss über die stimmberechtigten Mandatsträger hinaus erweitert werden. Zumindest die Mitglieder der anderen von der Bevölkerung gewählten Gremien, nämlich die Seniorenvertretungen und der Integrationsrat sowie der Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld müssen gleich behandelt werden und entsprechend mit Tablets ausgestattet werden.
5. Eine mindestens dreimonatige Erprobungsphase ist vorzusehen.

Stellungnahme der Verwaltung:

- Zu 1: Recherchen haben ergeben, dass es derzeit lediglich ein weitgehend fair gehandeltes Tablet auf dem Markt gibt. Es handelt sich um das „Shift 7“, welches mit einem 7 Zoll Bildschirm sehr klein ist. Das Gerät verfügt über ein Android Betriebssystem und hat eine wesentlich geringere Akkulaufzeit als das vorgesehene iPad. Ohne die sonstigen Anforderungen im Detail geprüft zu haben, ist der Einsatz dieses Gerätes aufgrund des Betriebssystems mit den städtischen Standards nicht kompatibel und aufgrund der Bildschirmgröße nicht geeignet. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass zukünftig auch andere Hersteller verstärkt fair gehandelte Produkte auf den Markt bringen, die besser geeignet sind. Bei zukünftigen Anschaffungen wird die Verwaltung diesen Aspekt berücksichtigen.
- Zu 2: Alle für die Ratsarbeit relevanten Sitzungsunterlagen stehen bereits seit 2008 über das Ratsinformationssystem zur Verfügung. Es enthält alle Sitzungsunterlagen, die auch in Papier zur Verfügung gestellt werden. Allerdings bietet die digitale Bereitstellung zusätzlich eine Recherchemöglichkeit, eine strukturierte Ablage und einen Zeitvorsprung, da die Unterlagen unmittelbar nach der Freigabe zur Verfügung stehen, während die Papierexemplare zunächst gedruckt und versendet werden müssen.
- Zu 3: Wie in der Vorlage dargestellt, besteht nach wie vor die Möglichkeit, die Unterlagen in Papierform zu erhalten und auf die technische Ausstattung zu verzichten. Unabhängig davon kann kostenlos über den Heim-PC auf das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.
- Zu 4: Die Ausstattung des Integrationsrates und der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik wurde auch von anderen Gremien gefordert. Der Kostenaspekt wird in dieser Stellungnahme zu dem Prüfantrag des AVR unter TOP 1 dargestellt.

Bei den Stimmberechtigten Mitgliedern des Rahmenplanungsbeirates Braunsfeld /Müngersdorf/ Ehrenfeld handelt es sich um 9 Mitglieder, die von den Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Lindenthal gewählt wurden. Dieses Gremium tagt in öffentlicher Sitzung, 4 Mal pro Jahr und hat im Schnitt 2 – 3 Vorlagen auf der Tagesordnung, so dass die aufzuwendenden Kosten nach Auffassung der Verwaltung außer Verhältnis zum Nutzen stehen.

Zu 5: Im Evaluationsbetrieb hat sich herausgestellt, dass die Teilnehmer nach 2 – 3 Sitzungen auf Papierunterlagen verzichten konnten. Dies entspricht der beantragten dreimonatigen Erprobungsphase.

Beschluss der BV 2 vom 25.04.2016:

Beschlossene Ergänzung:

Die Verwaltung wird gebeten, den Fraktionen der Bezirksvertretung Rodenkirchen weiterhin die großen Pläne (z.B. Bebauungspläne, Baupläne usw.) pro Fraktion in einfacher Ausfertigung ausgedruckt zur Verfügung zu stellen, sowie für jede Sitzung ein Exemplar der kompletten Sitzungsunterlagen der Bezirksvertretung Rodenkirchen pro Fraktion in Papierform zur Verfügung zu stellen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung sagt zu, große Pläne weiterhin den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Die parallele Überlassung von Papierunterlagen für jede Fraktion wird von der Verwaltung abgelehnt. Zur Begründung wird auf die Stellungnahme zu Punkt 3 zum Prüfantrag des AVR und des UA DiKO verwiesen.